

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/2

Bonn, den 4. Januar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Bewahrer und Mehrer

73

Zum 70. Geburtstag von Willi Eichler

Von Heinz Kühn, MdB,
Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen

3

Sprengstoff

48

Das Verhältnis von Bund und Ländern zur auswärtigen Kulturpolitik

Von Georg Kahr-Ackermann, MdB

4 - 4a

Finanziell am Ende

67

Elendszahlen aus Schleswig-Holstein

5

Die Konferenz der "drei Kontinente"

44

Fidel Castro als Gastgeber

+ + +

Bewahrer und Mehrer

Zum 70. Geburtstag von Willi Eichler

Von Heinz Kühn, MdL,

Landesvorsitzender der SPD in Nordrhein-Westfalen

Willi Eichler siebzig? Die Nachricht überrascht mich fast ebenso wie mich die Erwartung bestürzt, zu diesem Tage ein Wort der Würdigung seines Lebenswerks zu sagen.

Die Nachricht überrascht, weil seine Jahre nicht vermocht haben, Willi Eichler alt zu machen und niemand unter seinen Freunden ihm den "Lebensabend" armerkt, den man mit dem Abschluß des siebenten Jahrzehnts eines so aufgaben- und ereignisreichen Lebens herannahen sieht. Dieser Geburtstag ist denn auch sicher nur eine Wegmarke auf großer Fahrt und nicht ein Zielhafen, in dem es Bilanz zu ziehen oder seine Memoiren zu schreiben gilt.

Die Erwartung bestürzt, denn wie sollte man in der Bedrängnis der Tagesarbeit die Muße finden, die Stationen dieses vollen Lebens nachzuzeichnen, in all den Schriften nachzublättern, die dafür ein dokumentarisches Zeugnis sind; für das Wirken des getreulichen Bewahrers und Mehrers des geistigen Erbes von Leonard Woolson, der die gedankliche Entwicklung des freiheitlichen Sozialismus in Deutschland so sehr befruchtet hat, für die schwere Aufgabe, gemeinsam mit Hans Vogel und Erich Ollenhau von London aus Sprecher eines anderen und seinen besseren Traditionen verbundenen Deutschland zu sein, solange dessen Stimme innerhalb der deutschen Grenzen geknebelt war; für die Leistungen im parlamentarischen, vor allem aber im geistigen Diskussionsprozeß des neuen Deutschland.

Ich will Willi Eichler, dem ich vor fast dreißig Jahren zum erstenmal begegnete, als er von London kommend meine Brüsseler Emigrationskassette betrat, hier lediglich ein Wort des Dankes - über alles, was ich ihm auch persönlich danke - für das zu sagen, was er für die geistige Entwicklung der wiedererstandenen Sozialdemokratie nach 1945 bedeutet.

In jenen ersten Jahren nach der Wiederkehr in eine Heimat, für die wir mehr als einen Wiederaufbau, einen Neubau erhofften, in jenen ersten Jahren, als Willi Eichler die Leitung der "Rheinischen Zeitung", der ältesten und traditionserfülltesten Zeitung der Sozialdemokratie anvertraut war, saßen wir uns am Schreibtisch der Chefredaktion täglich gegenüber; wenn nicht Sitzungen des Landtags, des Parlamentarischen Rates, des Parteivorstandes und dann des Bundestages die Kommandobrücke der Redaktion verweist sein ließen.

Mehr als Zeitungsmann war er dabei auch im alltäglichen Journalistengeschäft der behutsame Erzieher, dem gedanklichen Vertiefen mehr als dem praktischen Zupacken zugeneigt, so sehr er sicher, wenn er die Charakterisierung überhaupt akzeptiert, sich einen realistischen Idealisten nur mit dem Akzent auf dem Adjektiv nennen lassen wird.

Ethik - Politik - Pädagogik, im Dreieck dieser Beziehung ist wohl kaum jemandem mehr als Willi Eichler "die heilige Allianz des Idealismus mit dem Realismus", wie sein Lehrmeister Leonard Nelson es als Aufgabe formuliert hat, so sehr Gegenstand ständigen Bemühens gewesen. Ethik und Politik theoretisch und praktisch miteinander zu verbinden, der Erziehung der Verantwortungs- und Machtträger in der Politik eine besondere Bedeutung beimessen, den Einzelnen durch Erziehung zur Freiheit befähigen, von dieser Freiheit, die die sozialdemokratische Politik für ihn erkämpft, den rechten Gebrauch zu machen - das war Willi Eichler stets die Grundvoraussetzung der Erneuerung unserer gesamten Politik.

Als die Sozialdemokratie daran ging, aus den Diskussionen und Erfahrungen der Verfolgung und des Exils, aus den Ergebnissen manchen unfruchtbaren Disputes früherer Gegensätze, die unter der Diktatur zum fruchtbaren Dialog der Annäherung geworden waren, über manche weltanschaulichen Einpferchungen hinweg die programmatistischen Konsequenzen des Gödesberger Programms zu ziehen, da ist Willi Eichlers Arbeit wie die nur wenig anderer in dieses Werk richtungsgebend eingeschmolzen worden. Er hat dabei immer wieder die Kraft bewiesen, den Optimismus seines Wollens und die Tiefe seiner Einsichten auf die in gemeinsamer Arbeit mit ihm verbundenen Freunde zu übertragen.

Soweit ich sein Leben zu überschauen vermag, ist es ihm stets, auch in Situationen der Krise und Bedrängnis, gelungen, woran andere scheiterten oder was sie gar nicht wagten: der Sieg des Charakters über die Umstände.

Dennoch ist kein Leben nur Erfolg und Erfüllung. Wer Willi Eichler in seinen nicht seltenen Sarkasmen erlebt hat, sollte wissen, daß sich hinter dem Dornengestrüpp der Ironie sehr häufig die verletzbare Liebe zur Idee verbirgt, für die man sich engagiert, für die man lebt. Oder wie der Historiker Taine geschrieben hat: "Wenn der Spott zum Sarkasmus wird, so kann man überzeugt sein, daß der Spötter leidet."

Durch gemeinsame Leiden und Erfolge hindurch wird die Sozialdemokratische Partei, die ihn braucht, Willi Eichler auch in Zukunft noch manches zu danken haben.

Sprengstoff

Das Verhältnis von Bund und Ländern zur auswärtigen Kulturpolitik

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Wenn nicht alles trügt, werden in nicht allzu langer Zeit die elf Bundesländer nach einer sicht- und spürbaren außenpolitischen Mitverantwortung dort drängen, wo die Fassungen der Artikel 30 und 32 unseres Grundgesetzes einen für widersprüchliche Gutachten ausreichenden Spalt von Unsicherheit über letzte Kompetenzen von Bund und Ländern offen gelassen haben, nämlich auf dem Gebiet unserer auswärtigen Kulturpolitik.

Außenminister Schröder, der sich nie sonderlich für die Möglichkeiten, auch mit kulturpolitischen Mitteln Außenpolitik zu machen, interessiert hatte, war daher baß erstaunt, als er sich kürzlich mit dem Ansinnen Ministerpräsident Kiesingers konfrontiert sah, an Stelle des Außenministers eine parlamentarische Anfrage über den Stand der aus dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag resultierenden Kulturbeziehungen im Bundestag zu beantworten. Aber nicht nur das, Minister Schröder, der seinerzeit die Regelung dessen, was er wie stets als politisch bedeutungsloses Kulturschmuckarrangement empfunden hatte - nämlich die Formulierung des Status des sogenannten "Bundesbeauftragten" für diesen Teil des deutsch-französischen Vertrags - seinem Protokoll überlassen hatte, sah sich in einem wenig günstigen Augenblick einer handfesten Erpressung ausgesetzt. Kiesinger, dem vom Protokoll des AA für seine Verhandlungen mit dem französischen Erziehungsminister nicht nur der Wager-Stander, sondern auch der Rang eines Bundesministers vertraglich zugestanden war, berief sich auf eben diese Kabinettszuständigkeit und drohte mit Rücktritt, falls seinen Wunsch nicht entsprochen würde.

Sieht man davon ab, daß die Ergebnisse der Kiesinger-Fouché'schen Besprechungen mehr als dürftig sind und als Modellfall keineswegs empfehlenswert erscheinen, so muß einen eine mögliche Inflation von Bundesministern auf Zeit, alias "Bundesbeauftragte", mit Nachdenklichkeit erfüllen, falls die Bundesrepublik künftig weitere Freundschaftsverträge mit besonderen Klauseln über Kulturbeziehungen abzuschließen gedenkt - was nicht so abwegig ist, denn solche Pläne liegen in Rom wie in Bonn in der Schublade.

Dem Außenminister, dem es bisher trotz wiederholten Anlaufs seiner Kulturabteilung nicht einmal geglückt ist, die unzulängliche und leicht dilettantische Verwaltung seines gelegentlich recht kostspieligen Auslandschulwesens unter einen Bund und Länder befriedigenden Hut zu bringen, muß nun auch mit Sorge sehen, daß die beauftragten Minister der Länder in Bonn an einem Abkommen feilen, welches ermöglichen soll, die Ministerpräsidenten durch die vermeintlichen Ritzen des Artikels 32 GG ganz allgemein auf jenen außenpolitischen Schmalspurmitsprachestatus zu katapultieren, dessen sich bisher allein der Regierungschef von Baden-Württemberg erfreut.

Über all das hätte längst geredet werden müssen und es wird in Zukunft darüber zu reden sein, denn eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf diesem Gebiet wäre ein großer Fortschritt. Gegenwärtig lassen einige Bundesländer Bonn, ohne mit der Wimper zu zucken, bis zu zwei Jahren hängen, wenn es um die Ratifizierung von ihrerseits zustimmungspflichtigen Kulturkonventionen im europäischen Bereich geht - zum Beispiel bei der zwischen den EWG-Partnern abgeschlossenen Konvention über die Anerkennung von Reifezeugnissen und akademischen Prüfungen, einem Kernstück europäischer Kulturpolitik.

Finanziell am Ende

Elendszahlen aus Schleswig-Holstein

sp - Schleswig-Holstein ist - neben dem Saarland und Rheinland-Pfalz - finanziell am Ende. Bei der Vorlage des Landeshaushalts für 1966 wies selbst Finanzminister Quaken (FDP) auf die großen finanziellen Schwierigkeiten hin, vor denen jetzt das CDU-FDP-Koalitions-Kabinetts unter Ministerpräsident Dr. Lemke (CDU) steht.

Im Landeshaushalt sind beispielsweise zwar 120 Millionen DM Bundesergänzungszuweisungen eingesetzt worden, die Schleswig-Holstein mit dem Hinweis auf den Artikel 107 des Grundgesetzes aus Bonn erhalten möchte. Im Kieler Finanzministerium glaubt jedoch niemand, daß dieses Geld jemals einrollen wird.

Das Land will im nächsten Jahr ferner 200 Millionen DM als Anleihe aufnehmen, um sein Defizit zu decken; ob diese Anleihe überhaupt für sieben Prozent unterzubringen ist, ist fraglich. Ferner ist da die Rede von Fehlbeträgen, überschrittener Verschuldungsgrenze, Steuermindereinnahmen und was es sonst noch für Fachausdrücke gibt, um eine Finanzmisere zu charakterisieren.

Das alles sind aber bislang jedenfalls noch Dinge, die den kleinen Mann im nördlichen Bundesland nur am Rande interessieren. Ihm geht es vielmehr um seine persönlichen Lebensverhältnisse. Da aber bekommt er schon bitter zu spüren, daß Bonn sein treuestes Bundesland verlassen hat. Für den Bewohner in Schleswig-Holstein beginnt sich die Finanzmisere auf Heller und Pfennig auszuzahlen. Die Fakten darüber sind ebenso kalt und nüchtern wie jene, mit denen der neue Landeshaushalt angefüllt sein wird.

Jeder Schleswig-Holsteiner hat durchschnittlich nur 850,- DM auf der Sparkasse. Obgleich als sparsam bekannt, reicht es bei ihm nicht, so viel auf die hohe Kante zu legen, wie es die Bewohner anderer Länder können. Im Bundesdurchschnitt machen die Kasseneinlagen pro Einwohner 1 139 DM aus. Bürger, die so wenig sparen können, sind auch nicht in der Lage, dem Land gute Steuern zu zahlen. Das Landessteueraufkommen in Schleswig-Holstein liegt bei 85 DM pro Einwohner. Einen so niedrigen Stand gibt es in keinem anderen Bundesland.

Wo wenig gespart wird und keine Steuern aufkommen, kann der Staat auch nichts zur Ansetzung von Industrien tun. Im nördlichen Bundesland befinden sich unter tausend Einwohnern nur 74 Industriebeschäftigte. Im Bundesdurchschnitt sind es doppelt so viele, in keinem Bundesland aber so wenig wie im Norden. Das alles schlägt sich dann im Volkseinkommen nieder. Das Brutto-Inlandsprodukt in Schleswig-Holstein machte im letzten Jahr 5 850 DM aus; im Bundesgebiet je Einwohner aber 7 050 DM.

Wo wenig verdient, wenig gespart und wenig Steuern gezahlt werden, sind aber erstaunlicherweise die Sozialmieten am höchsten. Nach einer Übersicht des Statistischen Bundesamtes liegt die durchschnittliche Miete je Quadratmeter Wohnfläche und Monat für Sozialwohnungen (Neubauten) in Schleswig-Holstein jetzt bei 2,60 DM. Im Bundesgebiet beträgt der Mietzins demgegenüber 2,20 DM. Dabei ist dann Schleswig-Holstein von der Kündigungswelle und der Mieterhöhung nicht unberührt geblieben. Zur Zeit laufen im nördlichen Bundesland 4 000 Räumungsklagen. Die Mietervereine klagen über ungerechtfertigte Mieterhöhungen. Bei all dem ist der Wohnungsbau selbst in Gefahr geraten. Die Wohnungsbaukreditanstalt des Landes stellte Anfang November die Vergabe öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ein, weil die Landesmittel bis Ende 1966 schon verbraucht waren.

Wie wenig in Schleswig-Holstein übrigens verdient wird, hat dieser Tage der SPD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Joachim Steffen mitgeteilt. Im Januar 1965 betrug der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst der Angestellten in Industrie und Handel in Schleswig-Holstein 768 DM, im Bundesgebiet dagegen 851 DM. Der Angestellte im Norden ist offensichtlich 63 DM weniger wert. Im Schiffbau, dem Hauptindustriezweig des nördlichen Bundeslandes, lag im Januar 1965 der durchschnittliche Brutto-Stundenlohn bei 4,25 DM. Im Bundesgebiet wurden demgegenüber in dieser Branche 4,45 DM verdient.

Es wird hohe Zeit, daß die Regierung in Kiel ihre Parteifreunde in Bonn, und da voran den Bundeskanzler Erhard und den Bundesfinanzminister Dählgrün, auf diese Elendszahlen hinweisen. Bonns Sparprogramm darf nicht auf den Schultern des kleinen Mannes ausgetragen werden.

Die Konferenz der "drei Kontinente"

Fidel Castro als Gastgeber

HD - Erstmals ist es den ehrgeizigen Machthabern von Havanna gelungen, ihre Hauptstadt von dem Odium eines rein kommunistischen Treffpunktes zu befreien und eine internationale Konferenz einzuberufen, die weniger dazu dient, konkrete Beschlüsse zu fassen, als um das ramponierte Ansehen Kubas in der "Dritten Welt" der blockfreien Länder aufzurübeln.

Zwischen dem 3. und 10. Januar findet in Havanna die "Konferenz der drei Kontinente gegen Kolonialismus und Neokolonialismus" statt - außer Deklamationen ist nichts zu erwarten.

Bisher hatte sich Kuba vergeblich bemüht, die Gipfelkonferenz der Blockfreien nach Havanna zu bekommen. Auch der Versuch, die "internationalen Studenten- und Jugendfestspiele" 1965 in Havanna abzuhalten, scheiterte wegen der besseren Aussichten Algiers. Bereits 1964 hatte Kuba nichts unversucht gelassen, die Gastgeberrolle für das drei Jahre später in Kairo veranstaltete zweite neutralistische Gipfeltreffen zu erhalten. VAR-Präsident Nasser saß am längeren Hebel.

Erschwert wird die Konferenz von Havanna durch die Anwesenheit von Delegationen aus dem kommunistischen Osteuropa, die zweifellos den Rahmen einer "Konferenz der drei Kontinente" sprengt und dafür sorgt, daß der müde gewordene "Geist von Bandung" auch in Havanna kaum eine Chance der Auferstehung hat.

Dabei war es bis zur letzten Minute fraglich, ob die Konferenz überhaupt zustandekommen würde.

Der vorgesehene Generalsekretär, Mehdi Ben Barka, wurde in Paris auf offener Straße entführt. Sein Landsmann Jussuf Ben Sebaï sprang in letzter Minute als Generalsekretär ein. Die Chinesen, die bereits zweimal die "Bandung-Konferenz" von Algier torpedierten, waren ein zweites Gefahrenmoment. Sie können sich in Havanna als Sprengstoff erweisen und das kubanische Regime, das sich bedingungslos an Moskau anlehnt, in arge Verlegenheit bringen.

Wie sehr es Kuba darum geht, sein internationales Prestige zu erhöhen, zeigt eine Erklärung, die der gegenwärtig in Moskau weilende Minister für Sonderaufgaben und Altkommunist Carlos Rafael Rodríguez in der "Prawda" vom Stapel ließ.

Er bereitete die 400 Delegierten aus den Entwicklungsländern bereits auf die wirtschaftliche Misere vor, die ihnen in Havanna entgegentritt. Keiner der Delegierten sollte glauben, Kuba habe seit dem Sieg der Castro-Revolution am 1. Januar 1959 alle Schwierigkeiten wirtschaftlicher und kultureller Art überwinden können. Daß er die amerikanische Blockade für diese Engpässe verantwortlich machte, war nichts Neues. Was er aber eingestand, war die Dauerkrise in der Versorgung und im wirtschaftlichen Aufbau, für die gerade Rodríguez in hohem Maße als ehemaliger Leiter der Landwirtschaftsbehörde IKRA verantwortlich ist.